

WIRTSCHAFTSCHRONIK

III. QUARTAL 2000

Der Rohölpreis erreicht in diesem Quartal mit über 40 \$ je Barrel kurzfristig einen Höchstwert. Zu Jahresbeginn notierte das Fass Rohöl der Sorte Brent noch unter 25 \$. In vielen europäischen Ländern setzen Frächter und Bauern durch Blockaden der Raffinerien und wichtiger Verkehrsverbindungen die Regierung unter Druck und fordern Steuererleichterungen bzw. Ausgleichszahlungen für die starke Energieverteuerung. Aus umweltpolitischen Gründen rät die Europäische Union den Mitgliedsstaaten von Steuersenkungen ab. International verstärkt sich auch der Druck auf die OPEC, die Fördermengen anzuheben. Der Versuch der USA, durch die Freigabe von Teilen ihrer Rohölreserven den Markt zu entspannen, wird sich erst im kommenden Quartal auswirken. – Eine gemeinsame Intervention der Notenbanken der USA und Japans sowie der EZB und zwei Zinserhöhungen sollen weitere Kursverluste des Euro verhindern.

1. Juli: Frankreich übernimmt nach Portugal die EU-Ratspräsidentschaft.

AUSLAND

9. Juli: In Fukuoka findet der Weltwirtschaftsgipfel der G 7 statt. Im Vorfeld der Konferenz beschließen die Finanzminister, den Kampf gegen die Geldwäscherei zu verstärken. Den von der Financial Action Task Force als „unkooperativ“ bezeichneten Ländern (Bahamas, Cayman-Inseln, Cook-Inseln, Dominikanische Republik, Israel, Libanon, Liechtenstein, Marshall-Inseln, Nauru, Niue, Panama, Philippinen, Russland, St. Kitts and Nevis, St. Vincent und Grenadines) soll der Zugang zu Krediten internationaler Finanzinstitutionen erschwert werden. Die Einschränkung des Geschäftsverkehrs mit diesen Ländern wird empfohlen.

14. Juli: Der deutsche Bundesrat stimmt der „Steuerreform 2000“ zu. Das Steuersenkungsgesetz wird am 1. Jänner 2001 in Kraft treten und soll Entlastungen von 62,5 Mrd. DM bringen. Nach den bereits vollzogenen Etappen 1999 und 2000 zur Einkommensteuersenkung wird die Etappe 2002 um ein Jahr auf 2001 vorgezogen. Der Eingangssteuersatz (1998 25,9%) wird 2001 19,9% betragen, der Höchststeuersatz (ursprünglich 53%) wird auf 48,5% gesenkt. Der Grundfreibetrag wird von 12.300 DM (1998) auf 14.000 DM angehoben. 2003 werden weitere Erleichterungen folgen: Der Grundfreibetrag wird auf

Abgeschlossen am
10. Oktober 2000.

14.500 DM erhöht, der Eingangssteuersatz wird auf 17% und der Spitzensteuersatz auf 47% herabgesetzt. In einer weiteren Stufe sollen 2005 der Grundfreibetrag auf 15.000 DM steigen, der Spitzensteuersatz auf 42% sowie die entsprechende Progressionsgrenze auf 102.000 DM sinken.

Der Körperschaftsteuersatz wird 2001 auf 25% verringert. Ab 2002 wird das Vollarrechnungssystem durch das Halbeinkünfteverfahren ersetzt, Anteilseigner müssen nur noch die Hälfte der Ausschüttungen einer Kapitalgesellschaft im Rahmen der Einkommensteuer versteuern. Die Verrechnung der vom Unternehmen bereits bezahlten Körperschaftsteuer entfällt dafür. Ab 2002 sind Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei bei Einhaltung einer Mindesthaltefrist von einem Jahr. Private Anteilseigner können wie bisher die Anteile an einer Kapitalgesellschaft nach einer einjährigen Spekulationsfrist steuerfrei veräußern. Ab 2002 wird jedoch die Grenze für die wesentliche Beteiligung von 10% auf 1% gesenkt, wobei für wesentliche Beteiligungen das Halbeinkünfteverfahren zur Anwendung kommt. Zur Finanzierung der Steuerentlastungen wird der Abschreibungssatz in der degressiven Abschreibung von beweglichen Gütern von 30% auf 20% gesenkt.

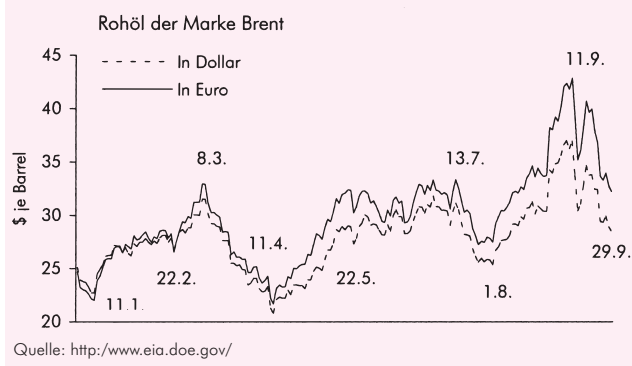
21. Juli: Der 26. Weltwirtschaftsgipfel in Nago beschließt, den ärmsten hochverschuldeten Ländern Benin, Bolivien, Burkina Faso, Honduras, Mauretanien, Mosambique, Senegal, Tansania und Uganda im Rahmen der HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries) Schulden in der Höhe von 15 Mrd. \$ zu erlassen. Trotz der als stabil eingeschätzten Weltwirtschaftslage wird auf die Gefahr eines Inflationsschubes durch die Erdölverteuerung und die nachteiligen Effekte auf das Wachstum aufmerksam gemacht.

17. August: In Deutschland endet die 14-tägige Auktion für die UMTS-Lizenz (Universal Mobile Telecommunications System) – jene Technologie, die eine 200-fach schnellere Datenübertragung als das GSM-System ermöglicht. Sechs Bieter erhalten den Zuschlag; sie werden für jeweils zwei Frequenzblöcke insgesamt 98,8 Mrd. DM an Lizenzgebühren an den Staat abführen. Damit werden die vom Finanzminister ursprünglich auf 20 Mrd. DM geschätzten Einnahmen weit übertroffen.

31. August: Die EZB erhöht ihre Leitzinsen um ¼ Prozentpunkt. Der Zinssatz für Hauptfinanzierungsgeschäfte beträgt nun 4½%, der Satz für die Einlagefazilität steigt auf 3½% und der Satz der Spitzenfazilität auf 5½%.

1. September: Das Freihandelsabkommen der Southern African Development Community (SADC: Botswana, Lesotho, Malawi, Mauritius, Mosambique, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland und Tansania) tritt in Kraft. In den nächsten 5 Jahren sollen 97% der Zölle zwischen diesen Ländern abgebaut werden. Die

Abbildung 1: Entwicklung des Rohölpreises seit Anfang 2000



Southern African Customs Union (SACU), zu der Südafrika, Botswana, Lesotho, Namibia und Swasiland gehören, muss die Zollbarrieren schneller abbauen als die anderen Partnerländer. Die Zollsätze zwischen 1% und 17% werden sofort gestrichen, innerhalb von drei Jahren jene bis 25% und innerhalb von 5 Jahren alle weiteren.

8.-10. September: Anlässlich des Ecofin-Treffens nehmen die Finanzminister der EU zum derzeit hohen Erdölpreis Stellung. Dieser soll auf ein Niveau gebracht werden, welches ein weltweites Wachstum gewährleistet. Die Minister der OPEC sind aufgerufen, das Erdölangebot besser an die Weltwirtschaftslage anpassen. Die EU-Länder wollen aus ökonomischen und umweltrelevanten Überlegungen ihre Steuern auf Erdölprodukte unverändert lassen. Gleichzeitig wird die EU-Kommission aufgefordert, für eine Intensivierung des Wettbewerbs auf dem Energiesektor, speziell auf dem Erdölsektor zu sorgen. Ein Aktionsplan wird gefordert, der durch energiesparende Maßnahmen und Diversifikation die Abhängigkeit von Erdölprodukten verringern soll.

10. September: In Frankreich wird die Treibstoffblockade nach der Zusicherung von 3 Mrd. Franc an Zusatzhilfe für die Bauern und einer Senkung der Mineralölsteuern für die Frächter beendet. Eine Woche lang hatten Spediteure und Bauern Treibstofflager und wichtige Verkehrswege landesweit blockiert. Holland senkt für Frächter mit großen Lkw und den Betrieb anderer Wirtschaftsfahrzeuge temporär die Steuer auf Dieseltreibstoff im Umfang von 455 Mio. NLG.

Die Erdölminister der OPEC beschließen in Wien, die Erdölförderquoten ihrer Mitgliedstaaten mit 1. Oktober um 3,1% auf 26,2 Mio. Fass pro Tag zu erhöhen.

12. September: Die Fusion der Deutschen Börse mit der London Stock Exchange (LSE) zur Gemeinschaftsbörse iX scheidet.

21.-27. September: Die 55. Jahrestagung der Bretton-Woods-Institute findet in Prag statt. In einem Einführungsstatement warnt der Präsident der Weltbank, Wolfensohn, vor sozialer Instabilität aufgrund der ungleichen Verteilung, da vier Fünftel des Welteinkommens

von einem Fünftel der Weltbevölkerung kontrolliert werden und das Einkommen des obersten Fünftel das 37-fache des unteren Fünftels betrage.

Das Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der G 7 steht unter dem Eindruck der hohen Erdölpreise. Die OPEC wird aufgefordert, eine Senkung der Preise herbeizuführen, um wirtschaftliche Prosperität und Stabilität für Produzenten und Konsumenten zu sichern. So tritt die Diskussion um die Reform der Währungsordnung und der internationalen Finanzinstitutionen in den Hintergrund. Angesichts der massiven Demonstrationen, die vor dem Konferenzzentrum und in ganz Prag stattfinden, wurde die Veranstaltung vorzeitig beendet.

22. September: Die Europäische Notenbank tätigt gemeinsam mit den Notenbanken der USA und Japans Stützungskäufe für den Euro. Kurzfristig erreicht der Euro-Kurs gegenüber dem Dollar einen Höchstwert von 90,37 Cents.

24. September: Um den Erdölmarkt zu entspannen, gibt der Präsident der USA 5% der strategischen Erdölréserven des Landes frei. In den folgenden 30 Tagen sollen 30 Mio. Barrel Rohöl an Raffinerien versteigert werden. Somit könnten die Fertigerzeugnisse ab Dezember auf den Markt kommen. Anstelle von Zahlungen sollen die Erdölverarbeiter zwischen August und November 2001 die Reserven wieder auf das Niveau von 570 Mio. Fass auffüllen. Zusätzlich werden 400 Mio. \$ an staatlichen Energiekostenhilfen für einkommenschwache Haushalte bereitgestellt.

28. September: In einem Referendum entscheidet sich die dänische Bevölkerung mit 53,1% gegen die Einführung des Euro als Landeswährung. Die Wahlbeteiligung liegt bei 87,5%.

6. Oktober: Die EZB erhöht neuerlich die Zinssätze. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität sowie der Satz für die Einlagefazilität steigen um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf $5\frac{3}{4}\%$ bzw. $3\frac{3}{4}\%$. Mit 11. Oktober 2000 wird der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Euro-Systems um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf $4\frac{3}{4}\%$ angehoben.

9. Oktober: Die Brennstäbe im tschechischen Atomkraftwerk Temelin werden aktiviert. 1999 hat eine internationale Expertenkommission das Kraftwerk als unrentabel und die Fertigstellung als riskant eingestuft. In einer Weltbankstudie wird auf das große Energieerzeugungspotential Tschechiens hingewiesen. Die österreichische Bundesregierung behält sich vor, im Rahmen der Beitrittsverhandlungen Tschechiens mit der Europäischen Union dem Kapitel „Energie“ nicht zuzustimmen.

ÖSTERREICH

1. September: Anlässlich des „Reformdialogs für Österreich“, zu dem der Bundeskanzler zum zweiten Mal

Vertreter der Länder, Sozialpartner und Wirtschaftsforscher eingeladen hat, werden neue Zielvorgaben für die Haushaltspolitik vorgestellt. So wird bis zum Jahr 2002 ein Nulldefizit für den Gesamtstaat angestrebt; für das Jahr 2000 ist ein Abgang von 46 Mrd. S veranschlagt, was eine Neuverschuldung von 1,6% des BIP bedeutet. 2001 soll die Verschuldung aller Gebietskörperschaften zusammen auf 0,75% des BIP gesenkt werden.

Die Bundesregierung will mit einem ehrgeizigen Sparprogramm im Jahr 2002 ein „Nulldefizit“ erreichen. Im Regierungsprogramm von Anfang 2000 wurde dieses Ziel erst für die nächste Legislaturperiode angestrebt. Zur Erreichung der Vorgaben sollen u. a. 5 Mrd. S aus der Kürzung von Sozialausgaben beitragen. Als Entscheidungsgrundlage dient eine von Experten erstellte Studie zur „Erhöhung der Treffsicherheit des Sozialsystems“. – Nach Vorlage des „Weisenberichtes“ werden die von den 14 EU-Ländern über Österreich verhängten Sanktionen aufgehoben.

12. September: Nach der Vorlage des „Weisenberichtes über das Eintreten der österreichischen Regierung für die gemeinsamen europäischen Werte, insbesondere hinsichtlich der Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Einwanderern, sowie über die Entwicklung der politischen Natur der FPÖ“ (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0010.pdf>), verfasst von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein und Marchelino Oreja, werden die Sanktionen der 14 EU-Mitgliedstaaten gegenüber Österreich aufgehoben.

18. September: Der Endbericht zur „Erhöhung der Treffsicherheit des Sozialsystems“ (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0011.pdf>) wird der Bundesregierung übergeben. Unter der Leitung von Prof. Mazal haben über 80 Experten die Treffsicherheit der Krankenversicherung, der Unfallversicherung, der Pensionsversicherung, der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitslosenversicherung, der Pflegeversicherung und Sozialhilfe, der Familienförderung und Familientransfers sowie Themen aus dem Ressortbereich der Bundesministerien für Finanzen, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft analysiert.

26. September: Gemäß dem Urteil des EuGH in der Rechtssache C-205/98 hat Österreich mit zwei Mauterhöhungen für bestimmte Transitfahrten gegen die Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmer verstoßen und orientiert sich nicht an der Wegekosten-Richtlinie. Die Tarifmaßnahmen richteten sich auf Lkw-Typen mit 3 oder mehr Achsen und betrafen somit hauptsächlich

ausländische Transporte, da die Fahrten mit Lkw bis zu 3 Achsen von österreichischen Verkehrsteilnehmer dominiert werden. Auch der Verzicht der Verteuerung von Mauten für Kurz- und Teilstrecken, die hauptsächlich von österreichischen Verkehrsteilnehmern genutzt werden, verstößt durch die unterschiedliche Behandlung nach Staatsangehörigkeit gegen das Gemeinschaftsrecht.

27. September: Die Generalversammlung der Aktionäre der Bank Austria stimmt der Fusion mit der Bayerischen Hypovereinsbank (HVB) zu. Der neu entstehende drittgrößte Bankenkonzern Europas wird 65.000 Mitarbeiter beschäftigen, eine Bilanzsumme von 667 Mrd. € aufweisen und über 17,3 Mrd. € an Eigenkapital verfügen. Gemeinsam besitzen die beiden Banken das dichteste Filialnetz in Ost-Mitteleuropa. Die BA wird als Leitgesellschaft für die Märkte Österreich und Ost-Mitteleuropa verantwortlich sein. Die Aktien werden im Verhältnis 1 : 1 ausgetauscht; die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse wird danach an der HVB mit 6,8% und die Allianz-Gruppe mit 13,6% beteiligt sein.

1. Oktober: Die Börsenumsatzsteuer wird abgeschafft. Dadurch entgehen dem Staat jährlich Steuereinnahmen von knapp 1 Mrd. S.

2. Oktober: Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und die Regierung einigen sich, die Gehälter der Beamten ab 2001 um 500 S pro Monat zu erhöhen. Dies entspricht einer Steigerung um 1,5%. 2002 wird die Anhebung 0,8% betragen. Nach Überprüfung der Jahresinflation 2002 kann die Vereinbarung angepasst werden. Die Gewerkschaft ist bereit, an der Verwaltungsreform mitzuwirken, der Abbau von 11.000 Planstellen soll wegen Bedarfsmangels durch Nichtnachbesetzung und nicht durch Kündigung vollzogen werden. Im Zuge von Ausgliederungen sollen „Organisationskündigungen“ nach Möglichkeit vermieden werden. Ab 2002 sollen berufsgruppenspezifische Verhandlungen über die Schaffung von flexibleren Formen der Arbeitszeit geführt werden. Eine Einkommensanalyse unter dem Gesichtspunkt der Leistungsbezogenheit, Treffsicherheit, Sinnhaftigkeit, Einkommenstransparenz und des Senioritätsprinzips soll durchgeführt werden.